**Satzung
vom 21.11.2012
zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung
(Abwassersatzung – AbwS) der Stadt Donaueschingen vom 09.11.2011**

Aufgrund von § 45 b Abs. 4 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4, 11 und 142 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20, 29 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Donaueschingen am 20.11.2012 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 40 Bemessung der Schmutzwassergebühr der Satzung wird wie folgt geändert:

- (3) Bei der Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser im Haushalt (Abs. 1 Nr. 3) wird, solange der Gebührenschuldner keine geeignete Messeinrichtungen anbringt, als angefallene Abwassermenge eine Pauschalmenge von 7 m³/Jahr und Person zugrunde gelegt. Dabei werden die Personen, die zum 30.06. des Veranlagungszeitraumes polizeilich gemeldet sind und sich während des Veranlagungszeitraumes nicht nur vorübergehend auf dem Grundstück aufhalten berücksichtigt. Die ermittelten Personen werden auf eine Anzahl von vier gedeckelt.

§ 2

§ 42 Höhe der Abwassergebühr der Satzung wird wie folgt geändert:

- (1) Die Schmutzwassergebühr (§ 40) beträgt je m³ Abwasser

Von 01.01.2013 bis 31.12.2013	2,45 €,
von 01.01.2014 bis 31.12.2014	2,45 €.

- (2) Die Niederschlagswassergebühr (§ 40 a) beträgt je m² versiegelte Fläche

Von 01.01.2013 bis 31.12.2013	0,48 €,
von 01.01.2014 bis 31.12.2014	0,48 €.

- (3) Die Gebühr für sonstige Einleitungen (§ 8 Abs. 3) beträgt je m³ Abwasser oder Wasser

Von 01.01.2013 bis 31.12.2013	2,45 €,
von 01.01.2014 bis 31.12.2014	2,45 €.

- (4) Die Gebühr für Abwasser, das zu einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage gebracht wird (§ 38 Abs. 3), beträgt je m³ Abwasser ab 01.01.2013 2,36 €.

§ 3

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Donaueschingen, den

Thorsten Frei
Oberbürgermeister

Hinweis

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung, wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadtverwaltung geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.